

Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold

88. Jahrgang.

N. 210

Donnerstag den 11. September

1919.

Uns liebe Brot.

Die Reichsgetreidestelle steht vor der niederschmetternden Tatsache, daß in der letzten Zeit die Vorauszahlungen an Brotgetreide bei ihr den Zufluß um ein Beträchtliches übersteigen. Mit anderen Worten heißt das, die geringen Bonarde der Reichsgetreidestelle werden in absehbarer Zeit erschöpft sein, sodaß keine Zulieferungen mehr an die Kommunalverbände erfolgen können. Das wäre dann die Hungersnot mit allen ihren entsetzlichen und verelendenden Folgen.

Bei uns in Württemberg war in letzter Zeit die Aufrechterhaltung der Brotversorgung nur durch Getreidezufuhren aus Norddeutschland möglich. Ohne diese wäre der ganze Apparat zur Versorgung der Bevölkerung längst zusammengebrochen. Das spricht zunächst gegen die legendäre, aber grundsätzliche Anschauung, als sei der Norden vollkommen auf uns angewiesen. Dann aber zeigt es mit Schrecken, in welcher ungeheuren Gefahr sich das württembergische Volk bei der Sorge um das liebe Brot befindet.

In verschiedenen Gegenden, insbesondere auch bei uns im Oberamtsbezirk Nagold, haben sich die Wirkungen der mangelnden Versorgung bereits in unangenehmer Weise äußern gemacht. Sie können nur bekämpft werden, wenn die Landwirtschaft sich auf ihre hohe Pflicht gegenüber ihrer Mitbevölkerung besinnt, und sofort tatkräftig für die Aufrechterhaltung der Brotversorgung und somit für die Erhaltung von großem Nutzen eintritt. Leider hat aber die Staatsregierung schiefen müssen, daß im ganzen Land ein Lieferungsstreik besteht, der getreide ist, die größten Gefahren für die Zukunft nicht nur des Staates und des allgemeinen Volkwohls, sondern insbesondere auch für die Landwirtschaft hervorzubekämpfen. Daran ändert sich auch nichts durch das böse Wort, das unüberlegter Weise der Sprecher des Bauernbundes, Römer-Jun., in einer großen Bauernversammlung hat dahingehend fallen lassen, der Bauer habe auch schleier gelernt. Was hat es für Zweck, eine bitterste Lage der Bevölkerung dadurch zu missbrauchen, daß man die Landwirtschaft mit wilden Worten gegen die Stillung des Volkes aufputscht! Das ist ein Verbrechen, mit dem der Landwirtschaft selbst keine Dienste geleistet werden und gerade im Interesse unserer Landwirte muß man gegen eine derartige Verhöhnung bestimmt Front machen. Wir brauchen die Gefahren, die der Hunger für das Land mit sich bringen würde, nicht zu schildern. Auch die Schleierlichkeit würde nichts davon ändern, daß große Werte unwiederbringlich zerstört würden. Nein, die Lösung der schwersten Aufgabe der Sicherung des täglichen Brotes für das gesamte Volk kann nur mit kalter,

überlegungsreicher Vernunft gelöst werden. Gewaltmaßnahmen sichern nicht den erreichten Zweck weder von hinten noch von vorn. Darum muß man es auch entschieden vermeiden, wenn von demokratischer Seite ein Gewaltmittel zur Durchsetzung der Getreideablieferung empfohlen wird, das auf nichts anderes hinausläuft, den sämtlichen Zulieferern den Grundbesitz zu enteignen. Man darf doch nicht außer Acht lassen, daß auch der Bauer nicht einfach so tanzen kann, wie man pflegt, wenn ihm nicht der nötige Schwung dazu verliehen wird. Bedeutend objektiver und vernünftiger ist in dieser Hinsicht der Arbeiterrat Nagold vorgegangen, der es kürzlich in seiner gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Bauernrat anerkannt hat, daß die von der Reichsgetreidestelle zuerst festgesetzten Höchstpreise tatsächlich als nicht ausreichend betrachtet werden konnten. Und jeder, der nicht von der Vereinigungsmehrheit beherrscht wird, muß einsehen, daß der Landwirt unter der zehnjährigen Erwerbslosigkeit für die Bedarfsartikel genau so leidet, wie alle anderen Berufsgruppen. Da aber die Höchstpreise für das Getreide inzwischen durch die Gewährung von Lieferungszuschüssen erhöht worden sind, kann nunmehr die Erwartung ausgesprochen werden, daß eine rasche Ablieferung eintritt, die die Behauptung zunächst macht, als sei die Geldgier die treibende Kraft, die die Störung in der Brotversorgung verschuldet.

Wir wissen, daß z. B. gerade in unserem Bezirk Nagold die Ungunst der Ernteverhältnisse, wie der verspätete Erntebeginn usw., auch eine Verzögerung des Getreidebeginns zur Folge gehabt hat. Aber nunmehr ist es an der Zeit, das Brot zu bereiten, das die Bevölkerung in den nächsten Wochen bedarf. Vorratspreise von beispielsweise 60-100 M für den Zentner, wie sie auf dem krummen Wege der Schleierwirtschaft bezahlt werden sollen, können dabei freilich an die Landwirtschaft nicht bezahlt werden und die Zwangswirtschaft kann für die Bevölkerung nicht nur schmerzhaft, sondern auch schmerzhaft sein. Die Hauptmasse des Volkes in der Arme des Hungers getrieben würde. Die gesamte Bevölkerung aber ohne Ausnahme läßt die Zwangswirtschaft lieber heute als morgen fallen. Gegenüber den Interessen der Allgemeinheit müssen eben Unbequemlichkeiten, die sich, wie in diesem Falle, die Zwangswirtschaft zu Unzulänglichkeiten steigern können, in den Kauf genommen werden.

Erster Deutscher Evangelischer Kirchentag.

Ep. Es war eine gewaltige Arbeit, welche der deutsch-evangelische Kirchentag in seinen vierstägigen Verhandlungen leistete und es muß zu seiner Ehre gesagt werden, daß diese Verhandlungen mit würdevollem Ernst und trotz aller Gegensätze, die auch deutlich hervortraten, mit dem Willen

gegenseitiger Verständigung geführt wurden. Den wichtigsten Gegenstand des Kirchentages, über den bereits am ersten Tag Bericht erstattet wurde und der dann zunächst zu weiterer Bearbeitung einem Ausschuss überwiesen wurde, bildeten die Aufgaben und Zuständigkeiten des Deutschen Evangelischen Kirchentages als einer dauernden Einrichtung. Am letzten Verhandlungstag kam die Vorlage in der von diesem Ausschuss vorgeschlagener Form zur Annahme. Der damit gefasste wichtige Beschluß des Kirchentages besagt in seinen Grundzügen folgendes: Der Kirchentag bereitet die Gründung eines Bundes der Landeskirchen vor. Der Bund soll einen möglichst engen Zusammenschluß der deutsch-evangelischen Landeskirchen und eine Förderung des gesamten deutschen Protestantismus herbeiführen und die Vertretung ihrer Interessen nach außen übernehmen. Die Selbständigkeit und der Bekennnisstand der einzelnen Landeskirchen sollen dadurch nicht angetastet werden.

Man war sich im Kirchentag der großen geschichtlichen Bedeutung dieses Beschlusses wohl bewußt, was auch in den Worten des Vorsitzenden zum Ausdruck kam. Zum erstenmal seit dem unglückseligen wirtschaftlichen Frieden, der auch in religiöser Hinsicht Deutschland so unheilvoll gespalten wurde, wurde damit der schon längst gehegte Wunsch der evangelischen Kirchen nach einem engeren Zusammenschluß untereinander erfüllt. Die Versammlung gab dem auch stehend ihrer Einmütigkeit in diesem Beschluß und durch den Gehalt des Liedes „Herr und Herr vereint zusammen“ weitverbreiteten Ausdruck.

Ebenfalls ein Beschluß von großer Tragweite war die Annahme der Vorlage über die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen, welche von Geh. Oberkonsistorialrat D. Kraft, Baden-Württemberg, begründet wurde. Die Grundzüge dieser Vorlage in der vom Kirchentag angenommenen Gestalt sind folgende: Der Kirchentag fordert mit der überwiegenden Mehrheit der Eltern den christlichen Charakter der öffentlichen Schulen. Zum Grundbestand der deutschen Schulen gehört als öffentlicher Lehrfach der christliche Religionsunterricht. Abzulehnen ist sowohl ein allgemeiner religionskundlicher Unterricht, als auch ein sogenannter objektiver Religionsunterricht, sowie ein interkonfessioneller Religionsunterricht. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen zur Übernahme des Religionsunterrichts gezwungen werden.

Bedeutung war ferner eine Entschliebung, welche der Kirchentag ebenfalls in der Schulfrage fasste, wonach alle evangelischen Erziehungsberechtigten angefordert werden, für bestehende öffentliche evangelische Schulen einzutreten und mit aller Entschiedenheit gegen die religionslose Schule zu arbeiten.

Durch enge Gassen.

Original-Roman von Käthe Lubomski.

(Nachdruck verboten.)

Die meisten kannten sie überhaupt nicht. Dann und wann führte einen Fremden der Zufall hin. Sie war fast von hängendem Gestirp verdeckt und so nahe am Wasser, daß der Wind, wenn er scharf von Norden strich, das starke, hochgewachsene Haar flatternd gegen die Seitenlehnen schlug. Hier setzte sie sich nieder.

Und es war, als läge kaum eine Nacht zwischen jener Stunde ihrer letzten Anwesenheit und der jetzigen.

Dieselben drei Schwäne, wie damals, saßen wieder auf einer kleinen Leiste in dem klaren stillen Wasser neben. Ihre schlanken Hälse bogten sich und die Schnäbel steckten in Perlens und Glanz, um nach Broden zu suchen. Neben im See roste eine kleine Insel, auf der gestern ein Kinderfest gefeiert war. Von den letzten Dingen wehten noch ein paar vergessene harte Papierlaternen herüber. Wie ein mächtiger, erhabener Strich blaute vom anderen Ufer her der Wald aus Tannen und Kiefern.

Es war auch im Wald gewesen, als Trude Tuch hier das letzte Mal neben Georg Wirt gelesen hatte.

Nur, daß eben ein volles Jahr darüber vergehen mußte. Dünne Monate voller Todesangst und verzweifeltem Hoffen, in denen das Mädchen unisono danach trug, das Hoffen zu erlernen.

Nichts hatte ihr dazu verhelfen können! Weder die häßlichen Blicke noch das Wischen, das laut genug war, um auch von ihr gehört zu werden. ... Immer leiser und hoffnungsloser war der Glaube an das Wunder der Zukunft geworden. Solange die Sonne am Himmel war, glaubte sie wohl noch daran. ... Glaubte, daß, wenn sich erst das flutende, unerlöschliche Gefühl der Liebe, das sie für ihn empfand, solange sie zu denken vermochte, zu jenem anderen gewandelt habe — sie ganz frei von ihm sein werde.

Nun wußte sie längst, daß Hoffen und Glauben un-

sonst gewesen! Der Augenblick, der ihr bewies, daß sie ihn vor der Welt an eine andere verloren hatte, lehrte sie das. Sie liebte ihn dennoch weiter!

Sie war sich auch völlig klar, daß es immer so bleiben würde — dachte ihn daneben als brutal an, weil er ihr seine Verlobung so einfach, wie all den anderen, mitgeteilt habe, und wußte doch, daß er nur die Hand auszustrecken brauchte, um die ihre zu finden.

Sobald ihr diese Empfindung kam, hatte sie verzweifelt untergeknickt, ob sich denn kein Schutz gegen diese Nacht finden lassen wollte.

Aber niemand zeigte sich ihr. Die ihr am nächsten standen, mußten verlangen. Sie sah den Vater mit erhabener Faust — die Stiefmutter mit zornbeugender Gebärde. Ja, sie hörte bereits ein entsetzliches Wort.

Da kam der alternde Mann und bot ihr seinen Schuß. Konnte sie wohl anders, als ihn dankbar — wie erlöst — entgegennehmen? Sie kannte sich ganz genau. Solange sie die Frau dieses Mannes war, würde sich ihre Hand von Georg Wirt nicht finden lassen.

— Und darum tat sie es! — Sie hatte auch bereits in ihrem alten, engen Mädchenstübchen mit allen Erinnerungen aufgeräumt. Briefe hatte er ihr freilich niemals geschrieben. Nicht mal ein Gedicht oder ein Zettelchen, wie es die Fremdbinnen reichlich besaßen. ... Aber was findet sich in so vielen Jahren junger Liebe doch alles zusammen.

Nun war nichts mehr da! — Nur der Brief, den sie ihm am Abend nach jener Dinnmatt geschrieben, kletterte immer noch auf ihrer Brust. Sie hatte gemeint, daß er sie bei dem Durchführen der längst übernommenen Rolle stärken würde. — Jetzt aber löste sie die Schleiher der Bluse und zog ihn hervor. Sie fühlte, daß sie seiner nicht weiter bedürfte.

Das dem Vater gegebene Versprechen, Treue zu halten, stand an seiner Stelle. Noch einmal überflogen ihre Augen alles, was sie ihm in jener ersten, granenollen Verzweiflung geschrieben, hasteten über die ersten Seiten fort und blieben nur gebannt an der letzten haften:

... Sei barmherzig, Georg, du kannst doch nicht alles vergessen haben!

An diesem Abend hatte sie sich zu schwach gefühlt, um den Brief zu besorgen. Den nächsten Tag aber mußte sie mit bleisamer Müdigkeit und zerstückelten Gliedern im Bett zubringen, unfähig zu jedem klaren Gedanken, und als dann wiederum ein neuer Tag da war und sie es ganz gewiß tun wollte ... empfing sie die offizielle Nachricht von seiner Verlobung. Nun war es für diesen Brief zu spät! Aber sie hatte ihn doch nicht früher vernichten können, ehe sie in sich fest geworden, wie sie es jetzt war. Ohne Reue dachte sie daran, daß sie ihren Vater besog, als sie leugnete.

Sie dachte mit einem unbeflegbaren Gewissen an diese oder jene der bekannnten Altersgenossinnen, die ihre Schwäche himansgehört hatten. So wie sie getan hatte, war es wohl am besten für eine, die ein neues Leben beginnen will.

Ihre Finger falteten diesen Brief und zerstückelten ihn in kleine Stücke. ... Raum eine Sekunde schwebten sie in der stillen Luft, dann sanken sie in den See. ... Die weißen Schwäne reakteten logisch die Hälse und schoben die Schnäbel danach.

Als Gertrud Tuch sich zur Heimkehr wandte, schwamm nur noch ein Rest umher. Darauf stand ein zertrümmertes Brieflein.

Dein ...

— Nun wollte Osea Holtmann schon volle sechs Tage in Neurenburg und es war während dieser ganzen Zeit noch kein Abend gekommen, an dem es nicht wie ein Schrei in ihrer Seele gewesen wäre:

„Ich kann nicht länger! — Ich muß fort.“

Sie hatte unisono nach Blicken oder Worten gesucht, die eine Brücke von jenen zu ihr hinüber geschlagen hätten.

Nach wie vor fand sie sich allein!

(Fortsetzung folgt.)

Ein weiterer wichtiger Gegenstand der Verhandlungen des Kirchentages war die Frage der Synodalaufsicht und der kirchlichen Wahlen in den Landeskirchen. Der Kirchentag nahm hier die Grundzüge der Vorlage an, sah von einer Stellungnahme zu den Eingelassenen ab und übergab die ganze Vorlage den Landeskirchen als Anregung für ihre eigene Entscheidung. Die wichtigsten Leitgedanken, welche damit vom Kirchentag angenommen waren, sind folgende:

Die evangelische Landeskirche muß Volkskirche bleiben und immer mehr zu einer wahren Volkskirche angebahnt werden. Dabei ist der Beherrschungsstand sowie die Selbstständigkeit der einzelnen Landeskirchen aufrecht zu erhalten. Jede Landeskirche ordnet und verwaltert ihre Angelegenheiten frei und selbstständig durch ihre eigenen Organe. Die Kirchengewalt muß in vollem Umfange auf die Kirche selbst übergehen. Schwebt dieses Recht in Zukunft die Landesregierungen.

Die Gegenstände innerhalb des Kirchentages traten ganz besonders deutlich hervor in der Aussprache über die Frage der Behandlung des Wahlrechts in der Kirchenverfassung der einzelnen Landeskirchen, wofür Herr D. Kahlwey, Meiningen, Bericht erstattete. Schließlich sprach sich der Kirchentag dahin aus, daß die Entscheidung über das Wahlrecht zu den einzelnen landeskirchlichen Versammlungen den kirchlichen zuständigen Stellen, insbesondere den Landesregierungen zu überlassen sei.

Mit erfreulicher Einstimmigkeit schloß ferner der Kirchentag den Beschluß, daß die kirchliche Fürsorge für die deutsche evangelische Auslandsdiaspora planmäßig fortzuführen und vom Kirchentag zu übernehmen sei. Diese Fürsorge habe sich zu erstrecken auf Beratung, Interessenvertretung, Vermittlung bei Streitigkeiten, auf finanzielle Hilfe und Verforgung mit Geistlichen. Mit Recht stellte der Präsident D. Roeller fest, daß dieser Beschluß eine Tat von großer nationaler Bedeutung sei.

Den letzten Verhandlungsgegenstand des Kirchentages bildete die Frage der Lockerung des Parochialzwanges und des Schutzes der Minderheiten, wofür Pastor Kjaerell, Bielefeld, Bericht erstattete. In der hierüber angenommenen Vorlage fordert der Kirchentag die Aufhebung des Parochialzwanges in allen Fällen, wo ernsthafte Gründe vorliegen. Erhöht soll der Begriff der Ortsgemeinde, für welche der zuständige Pfarrer verantwortlich ist, bestehen bleiben. Dementsprechend hat jedes Gemeindeglied das Recht, sich zur Begehung einer Amtshandlung eines anderen, als des zuständigen Geistlichen zu bedienen. Dem Pfanden Pfarrer ist davon Mitteilung zu machen. Ferner fordert die Aufrechterhaltung der Einheit der Landeskirche und die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses ihrer Mitglieder den gesetzlichen Schutz der Minderheiten, der sich jedoch nach den Bedürfnissen der einzelnen Landeskirchen und insbesondere nach den örtlichen Verhältnissen zu richten habe.

Erwähnt sei noch, daß am zweiten Verhandlungstage Prof. Altius, Göttingen, einen Vortrag hielt über „Evangelisches Christentum als Kulturfaktor“.

In vollster Einmütigkeit schloß der Kirchentag ferner eine Reihe bedeutsamer Rundgebungen, die von Ezzelleng D. von Drogandier eingebracht wurden und von denen wir als die wichtigsten hervorheben, die Rundgebung „An das deutsche Volk“, ferner eine Rundgebung „gegen die Abneigung des deutschen Volkes gegen die feindlichen Mächte“.

Die weiteren Rundgebungen gelten „den deutsch-evangelischen Gemeinden in den abzutretenden Gebieten“ und der „deutschen evangelischen Heidenmission“.

Am Tage vorher war bereits ein Gruß an die evangelischen Kirchen des neutralen Auslandes abgefaßt worden. Der Vorsitzende, Präsident D. Roeller, hob in seiner Schlussansprache hervor, daß der Kirchentag ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet habe und daß bei allen vorhandenen Gegenständen doch immer das Gemeinwohl als das Bindende erwiesen habe. Es habe sich gezeigt, daß der Kirchentag für den Protestantismus eine Notwendigkeit sei. Zum erstenmal hätten sich die evangelischen Kirchen Deutschlands ihre Ordnungen und Rechte selbst gezeigt. Nach einem Schlusssatz, gesprochen von Prof. D. Schoell, Stuttgart, und nach dem Gesang des Textes: „Das Wort sie sollen lassen stahn“ fand der Evangelische Kirchentag seinen Abschluß.

Die weiteren Rundgebungen gelten „den deutsch-evangelischen Gemeinden in den abzutretenden Gebieten“ und der „deutschen evangelischen Heidenmission“.

Am Tage vorher war bereits ein Gruß an die evangelischen Kirchen des neutralen Auslandes abgefaßt worden. Der Vorsitzende, Präsident D. Roeller, hob in seiner Schlussansprache hervor, daß der Kirchentag ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet habe und daß bei allen vorhandenen Gegenständen doch immer das Gemeinwohl als das Bindende erwiesen habe. Es habe sich gezeigt, daß der Kirchentag für den Protestantismus eine Notwendigkeit sei. Zum erstenmal hätten sich die evangelischen Kirchen Deutschlands ihre Ordnungen und Rechte selbst gezeigt. Nach einem Schlusssatz, gesprochen von Prof. D. Schoell, Stuttgart, und nach dem Gesang des Textes: „Das Wort sie sollen lassen stahn“ fand der Evangelische Kirchentag seinen Abschluß.

Am Tage vorher war bereits ein Gruß an die evangelischen Kirchen des neutralen Auslandes abgefaßt worden. Der Vorsitzende, Präsident D. Roeller, hob in seiner Schlussansprache hervor, daß der Kirchentag ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet habe und daß bei allen vorhandenen Gegenständen doch immer das Gemeinwohl als das Bindende erwiesen habe. Es habe sich gezeigt, daß der Kirchentag für den Protestantismus eine Notwendigkeit sei. Zum erstenmal hätten sich die evangelischen Kirchen Deutschlands ihre Ordnungen und Rechte selbst gezeigt. Nach einem Schlusssatz, gesprochen von Prof. D. Schoell, Stuttgart, und nach dem Gesang des Textes: „Das Wort sie sollen lassen stahn“ fand der Evangelische Kirchentag seinen Abschluß.

Tagesneuigkeiten.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Bern, 9. Sept. In den in der deutschen Presse veröffentlichten Mitteilungen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich erst nach der Friedensratifikation zurückgeschickt würden, erfahren wir von besonderer Seite, daß es hierbei selbstverständlich nicht um die allgemeine Ratifikation, sondern um die Ratifikation durch Frankreich handelt. Zusammenfassend kann über die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen folgendes gesagt werden: England und Amerika haben die sofortige Freilassung ihrer in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen beschlossen. Die Rückkehr der in England untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen hängt von den Transportverhältnissen ab. Die deutschen Internierten in Frankreich werden ebenfalls sofort entlassen werden. Die Kriegsgefangenen erst nach der Ratifikation des Friedensvertrages. Dabei muß allerdings ständig darauf hingewiesen werden, daß die technischen Vorbereitungen für den Rücktransport immerhin eine gewisse Zeit beanspruchen werden.

Gegen die Steuerflucht.

Berlin, 9. Sept. Wie die „Voss. Zig.“ erzählt, hat das Reichsfinanzministerium bis zur Stunde weder zu der Erhebung eines Steuererbes, dessen Besteuerung mit schwerer

Freiheitsstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verbunden werden soll, noch zu einem anderen der zur Bekämpfung der Steuerflucht gestellten Anträge irgendwelche Stellung genommen.

Die deutschen Schiffe.

Amsterdam, 9. Sept. Laut „Telegraf“ ist aus dem neuen Kaiser Lloyd ersichtlich, daß 16 der großen Dampfer vom amerikanischen Schiffsahrtsamt, 9 vom amerikanischen Marine-Departement, 9 vom britischen Schiffsahrtskontrollen, 6 von Italien, 2 von Brasilien und 3 von Chile veräußert werden. Die vom amerikanischen Schiffsahrtsamt haben neue Namen, was daran ist, daß diese Dampfer vollkommen als amerikanische Schiffe angesehen werden. Darunter befinden sich „Baterland“, „Kaiser Wilhelm II.“, „Kronprinzessin Cecile“ und „Amerika“. 10 der jetzt Amerika gehörigen Dampfer waren früher Eigentum des Norddeutschen Lloyd und 6 Eigentum der Hamburg-Amerika Linie.

Rumänien.

Amsterdam, 9. Sept. „Abgesehen von Hardebeck“ meldet aus Paris, daß es sicher ersichtbar, daß sich Rumänien selbst auf die Besatzung eines Brückens mit der Entente hin weigern werde, den Vertrag mit Österreich zu unterzeichnen. Die rumänische Regierung sei ausgenommen, jedoch Rumänien sich nicht nur selbst, sondern auch die Neutralen und selbst seine früheren Feinde vorzuziehen. Seit einiger Zeit scheinen die rumänischen Petroleumwerke fast ganz in die Hände amerikanischer Geldleute übergegangen zu sein.

Schutz gegen Streiks.

Berlin, 10. Sept. Über die Organisation technischer Hilfspuppen zum Schutz lebenswichtiger Betriebe wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke im Falle politischer Streiks, erzählt die „Voss. Zig.“ von unterrichteter Stelle u. a., daß die über das ganze Reich sich erstreckende Organisation den Namen „Beruflicher Arbeitsschutz“ führen wird und von der Berliner Zentrale aus geleitet werden wird. Das ganze Reich wird in 19 Kreise eingeteilt. In jedem von diesen wird eine besondere technische Hilfspuppe gebildet aus freiwilligen Technikern, Ingenieuren, Fach- und angelernten Arbeitern. Die Freiwilligen werden in drei Kategorien eingeteilt: in solche, die sich zur Verwendung für das ganze Reich zur Verfügung stellen, solche, die sich nur im Kreis verwenden lassen und solche, die nur im Ort tätig sein wollen. Eine erhebliche Anzahl von Freiwilligen hat sich schon gemeldet. Nach ungefährender Schätzung werden im ganzen Reich 30 000, darunter für Berlin 6 000 Freiwillige nötig sein.

„Republik“ Birkenfeld.

Berlin, 10. Sept. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ erzählt die Republik Birkenfeld eine Randbemerkung, wonach die liberale Provinz Birkenfeld des Freistaates Oldenburg sich von diesem losreißen und als selbständige Republik im Verbände des Deutschen Reiches erklären. Die Regierung ist sich keineswegs als Ludwig III. als Präsident, aus Hubert Ciel und Wilhelm Dauth. Die bisherigen Staats-einrichtungen bleiben bestehen. Die Beamten bleiben im Amt. Bürgermeister Schmidt und fünf andere Persönlichkeiten wurden aus Birkenfeld ausgewiesen, weil sie ihre Entlassungsgesuche nicht zurückziehen wollten. Über die Zeitungen wurde Verzensur verhängt.

Die Schantungfrage.

Berlin, 10. Sept. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Haag berichtet wird, erklärt nach einer Pariser Mitteilung das japanische Mitglied der Friedensdelegation Matsumura in einem Interview, daß Japan seine Truppen wahrscheinlich noch in diesem Jahr aus Schantung zurückziehen werde. Innerhalb weniger Monate sei eine Einigung mit der chinesischen Regierung zu erwarten.

Amerika und die Philippinen.

Amsterdam, 9. Sept. Laut einer Antwerpener Erklärung Wilson, Amerika zögere den Philippinen ihre Unabhängigkeit zu geben, da es befürchte, sie könnten den Weltmächten auf Grabe und Argwohn auszufahren, wodurch Amerika gezwungen werden könnte, eine größere Flotte in den ostasiatischen Gewässern unterhalten zu müssen. Artikel 10 des Völkerbundvertrages fordert dagegen, daß die ganze Welt, Japan einbezogen, die territorialen Unverletzlichkeit der Philippinen verleihe.

Kleine Nachrichten.

Amsterdam, 9. Sept. Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, der Versuch, Österreich und Deutschland zu trennen, sei unverständlich und ungerecht. Die Österreichischen seien Deutsche und würden nie etwas anderes sein wollen. Ihre künftige Vereinigung mit Deutschland auf die eine oder andere Weise sei so naher, wie die Sonne aufstehe. Die Österreichischen könnten nicht allein stehen. Wenn ihnen verboten werde, sich mit Deutschland zu vereinigen, so würden sie sich mit anderen Nachbarn zusammenschließen. Und wenn sie dann wieder in den Kreis Deutschlands träten, so würden sie ihre Nachbarn mitbringen. Den Österreichischen werde also auf diese Weise wieder ihre alte Rolle, nämlich das Zusammenhalten nicht-deutscher Völker unter dem Banner Deutschlands, aufgegeben werden.

Amsterdam, 9. Sept. Die „Times“ meldet aus Paris, daß der türkische Großvezir Tewfik Pascha in einer Unterredung erklärt habe, daß er dagegen sei, daß irgend eine Macht das Mandat über die Türkei erhalte. Die Türkei dürfe nicht dulden, daß sich eine fremde Macht in ihre Angelegenheiten einmische und könne nur technische oder

wirtschaftlich Unterstützung annehmen, sofern diese Unterstützung keinerlei Art von Kontrolle bedeute. Den Grundgedanken zufolge habe die Türkei das Recht, sich dem Völkerbund anzuschließen.

Cleveland (Ohio), 10. Sept. (Reuter) Gestern wurde der Konvent der Bergarbeiter der Vereinigten Staaten und von Kanada eröffnet. Es verläutet, daß die Bergarbeiter folgende Forderungen stellen: sechsstündiger Arbeitstag sowie fünfmalige Arbeitswoche und eine Lohnsteigerung von 25 bis 40 Prozent.

Berlin, 10. Sept. Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt eine Meldung des „Journal des Debats“ wieder, wonach der Älteste Sohn des ehemaligen deutschen Staatspräsidenten Jörn von Solach als Freiwilliger in das Pariser Kürassierregiment eingetreten ist.

Berlin, 10. Sept. Der Bischof von Straßburg, Dr. Adolf Frigen, ist in „Berliner Lokalanzeiger“ gestorben.

Sankt Petersburg, 10. Sept. Die „Patrie“ erklärt in ihrer Entscheidung mit der „Daily Mail“, die Antwort auf die deutsche Note betreffend Artikel 61 komme ihrem Ultimatum gleich.

Gemischtes.

— Ein Ertrag für Lokomotivkohlen. Wie haben in der letzten Zeit zur Genüge erfahren, was es bedeutet, wenn der Eisenbahndienst durch Kohlenmangel zu einem erzwungenen Stillstand kommt. Auch für den kommenden Winter wird ja allen Anzeichen nach unsere Kohlenversorgung noch recht wenig befriedigend sein. Bemerkenswert ist da ein schon öfters erwähnter, der die Kohlennot der Lokomotiven zu bekämpfen versucht. Man hat nämlich dort und zwar mit gutem Erfolg Lokomotoren als Kohlenlieferant zur Bekämpfung von Lokomotoren verwendet. 15 Kilogramm Kohlen erzeugen dieselbe Dampfmenge, wie 1 Kilogramm Kohle. Im Häftigen-Moor hat die schwedische Regierung eine Kohlenbergbauanlage errichtet. Hier sollen aus 220 000 Kubikmetern gegen 20 000 Tonnen Kohlen erzeugt werden. Es ist trocken man den Torf, bis er noch 40% Wasser enthält. Nach Zerkleinerung des Torfes trocknet man ihn in D-förmiger Weiser, bis er nur noch gegen 12-15% Wasser enthält. Dies ist nicht nur einmal einmal diesbezügliche Befahrung, da es uns ja an Torf nicht mangelt.

— Die Cholera. Amsterdam, 9. Sept. Laut „Telegraf“ melden die Times aus Peking, daß in Chao-ben in der Zeit von drei Wochen 4000 Personen an der Cholera gestorben sind. Die Choleraepidemie sei jedoch im Abflauen begriffen.

— Für 15 Millionen Baumwolle verbrannt. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge ist in Braganza bei Savona nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ ein Lager von Baumwolle im Werte von 14 bis 15 Mill. Lire durch Feuer zerstört worden.

— Wie Milliardäre arbeiten. Der gewöhnliche Sterbliche, der noch nicht in die Lage gekommen ist, die intimere Bekanntschaft eines Milliardärs zu machen, wird annehmen, daß sich die Arbeitszimmer dieser Halbgötter durch einen Schimmer opanischer Erleuchtung auszeichnen. Aber schlagfertig. Ein Mitarbeiter einer französischen Zeitschrift hat vor kurzem das Vernehmen, bis in das Arbeitszimmer eines Milliardärs einzutreten, und macht nun seinen weniger glücklichen Mitmenschen einen Bericht von ihren Arbeitszimmern. Und nun das Merkwürdige, fast alle diese Leute sind in der Ausstattung ihrer Arbeitszimmer von einer seltenen Sparsamkeit. Nur einer, nämlich Morgan, besitzt in seinem Arbeitszimmer Teppiche. Das ist aber auch der einzige Luxus. Sonst hält man es überall nur mit den praktischsten Notwendigkeiten. Natürlich geht alles elektrisch und telephonisch. Sogar die Briefe diktiert man durch den Apparat. Persönliche Unterredungen sind verboten. Denn immer werden dabei unnütze Phrasen angewandt, die nur Zeit kosten. Das kommt am Telephon gar nicht in Frage. Entschert wird es manchmal ertragen, zu erfahren, daß Mr. Schwabs Zimmer leer — zwanzigsten Stockwerk liegt. Bei uns würde man das für etwas unheimlich halten. Und in solch einem Raum, der nur wenige Quadratmeter mißt, werden die Schicksale von großen Industrien entschieden.

Aus Stadt und Bezirk.

Bezirksratssitzung vom 8. Sept. 1919.

Der Hauptgegenstand der Sitzung bildete die Frage der Brot- und Mehlversorgung des Bezirkes, die allmählich eine ganz brennende geworden ist. Einerseits stehen von der Reichsgetreidestelle nur noch beschränkte Mengen Mehl zur Verfügung; andererseits wird von den Landwirten kein Getreide abgeliefert. Der Bezirk-Arbeiter- und Bauernrat hatte daher den Antrag gestellt, durch Bezirksratsbescheid den Landwirten Zuschüsse zu den Getreidepreisen zu gewähren. Umfragen bei andern Kommunalverbänden hatten jedoch ergeben, daß dort keine besonderen Zuschüsse gewährt werden. Auf Erhebung beim Ernährungsministerium und bei der Landesgetreidestelle wurde der Bescheid, daß die Gewährung von solchen Zuschüssen durch die einzelnen Bezirke gesetzlich gar nicht zulässig sei. Der Bezirk-Arbeiter- und Bauernrat zog hierauf seinen Antrag zurück. Dagegen sind nun Lieferungsanschläge durch das Reichsernährungsministerium festgestellt worden, welche betragen bei Ablieferung bis 30. Sept. 7 A 50 A, bis 15. Okt. 3 A 75 A pro 30. Das milit. Ernährungsministerium kann mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums diese Fristen bis zu 2 Wochen verlängern. Es wurde beschlossen, entsprechenden Antrag zu stellen. Gleichzeitig soll beantragt werden, erhebliche Prämien

für Mehllieferungen d. i. für Lieferungen über das errechnete Soll hinaus zu gewähren, mindestens jedoch 10 A pro Ztr. Auf Erfüllung der Pflichtlieferungen muß unter allen Umständen bestanden werden. Die Berechnung und Bekanntgabe derselben an die einzelnen Landwirte soll baldmöglichst erfolgen. Auch wurde Anweisung erteilt, daß die Ausbezahlung der Gelder für abgelieferte Frucht künftig sofort zu geschehen habe, es sei denn, daß bei der Lieferung sich ein Anstand ergeben hat. In diesem Falle sollen die Beteiligten entsprechend benachrichtigt werden. Für die Befreiung des abzulieferenden Getreides an die Sammelstelle oder Bahnstation soll eine noch zu bestimmende, angemessene Gebühr gewährt werden. Es muß erwartet werden, daß die Landwirte den Ernst der Lage nicht verkennen und sich ihrer Pflicht bewußt sind. Nachschublieferungen mit Brot zu besorgen. Nur durch solche Ablieferung von Frucht kann der Not gesteuert werden.

• Ehrungsgabe für die Kriegsgefangenen. In seiner vorletzten Sitzung hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, den hiesigen Kriegsgefangenen von hier eine Ehrungsgabe der Stadt in Höhe von 100 A und für jedes Kind eine solche von 10 A zugewenden. Auch den bereits hier befindlichen Kriegsgefangenen wird dieselbe Zusage gemacht. Die Auszahlung erfolgt im Anschluß an die Anmeldung auf dem Rathaus durch die Stadtpflege.

• Schuhhofsammung. An den Vorsitzenden des Bezirksvereins für Schuhhofsammung, Herrn Landgerichtsrat Ullrich, ist ein Telegamm der Volkshilfe Stuttgart eingelaufen des Inhalts: „Schuhhof sammeln; alle vorbereiten, Transporte in Aussicht.“ — Die Stadtgemeinde hat die einfache, aber würdige Ausgestaltung des Schuhhofs übernommen, um so den heimkehrenden Kriegsgefangenen schon äußerlich den Gruß der Heimat zu entbieten.

• Die freie Schuhmacherinnung des Bezirks Nagold hielt am Sonntag in der „Traube“ in Edmühl eine Bezirksversammlung ab. Die von den Innungsmitgliedern und auch von noch nicht angeschlossenen Schuhmachermeistern des Bezirks gut besucht war. Die Versammlung nahm den Bericht des Obermeisters W. Kappeler, Platzgratwäcker über den Verbandstag in Heilbronn entgegen. Das Besondere aus dem Referat ist die Einleitung einer Neuorganisation und enger Zusammenfassung des gesamten Schuhmacherhandwerkes durch Neugründung von sogenannten Kameradschaften oder Innungen, die im Landesverband zusammenzufassen sollen. Dessen Aufgabe soll sein, die wirtschaftliche Lage des Schuhmacherhandwerkes durch gemeinsamen Einkauf und Verkauf zu verbessern. Weiter wurde die Hausbesuchnahme, die Regelung der Preise für Leder und Schuhwaren zur Bekämpfung des Wadens usw. besprochen. Ueber die gegenwärtige schwierige Lage im Schuhmacherhandwerk, insbesondere über die recht mangelhafte Bezahlung von Oberleder wurde eine lebhaft ausgeführte Aussprache gepflogen. Der jetzige Vorsitzende, Obermeister Wilh. Schützinger-Nagold ist aus Gesundheitsrücksichten vom Amte zurückgetreten. Für ihn wurde Joh. Dürschmabel-Altendorf gewählt. Ein Beschuß über den Beitritt zum Landesverband wurde noch nicht gefaßt. Er soll einer späteren Versammlung vorbehalten bleiben. Ebenso wurde noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob die freie Schuhmacherinnung als solche fortbestehen soll, oder ob eine Zwangsinnung im Interesse eines wirkungsvollen Zusammenfassens angestrebt werden soll. Der hiesige Vorsitzende Joh. Schützinger-Nagold schloß die Versammlung mit Dankesworten an den Referenten und den teilnehmenden Vorsitzenden.

• Zuschlag zu den Zeitungsbezugspreisen. Der Staatsanwalter veröffentlichte eine Bekanntmachung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten über die Erhöhung, wonach ab 1. Oktober die Erhöhung der Zeitungsgebühren und des Zeitungsbestellgeldes bei der Post in Kraft tritt. Zeitungsverkäufer und Lesern wird damit eine neue Belastung auferlegt.

• Feuerungsanlagen für Gemeinderäte. Mit Schreiben des Staatsministeriums vom 4. September ist dem Präsidenten des Landtags der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewährung von Feuerungsanlagen zu den Tagelöhnen der Gemeinderatsmitglieder, zugegangen.

• Tagung der Mädchen-Bibelkreise Württemberg. Am 6. und 7. September fand unter sehr starker Beteiligung aus dem ganzen Land in Cannstatt und Kornfeld die zweite Tagung der württ. Mädchen-Bibelkreise statt. Bei der Eröffnungssitzung am Samstag Nachmittag gab die Vorsitzende der Vereinigung Fräulein Elisabeth Dietrich den Jahresbericht; sie konnte mitteilen, daß die Zahl der Bibelkreise im verfloßenen Jahr von 19 auf 42 gestiegen ist. Darauf folgte ein Vortrag von Fräulein Woffert aus Freudenwald. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Sonntagsoberversammlung in Kornfeld, an der gegen 600 junge Mädchen teilnahmen. Nach Ansprachen von Frau Prof. Zimmermann und Inspektor Speer-Kornfeld kamen Vertreterinnen der einzelnen Kreise zu Wort, um von ihrer Arbeit zu erzählen. Dieser Schluß des Verbandes zur Pflege der weiblichen Jugend sprach das Schlußwort. Die Tagung hat gemäß den vielen Teilnehmerinnen das Inkampanienheitsgefühl und die Freude an der Sache der Bibelkreise gefestigt.

• Zwangswirtschaft des Brotgetreides. Der Schwäbische Bauernverein schreibt uns: Nachdem schon wiederholt im württ. Ernährungsministerium über den Abbau unserer Zwangswirtschaft mit den Vertretern der verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen beraten wurde, lagte am 3. September eine Zusammenkunft der deutschen landwirtschaftlichen Vereinigungen und der Reichsgetreide-

stelle. Bekanntlich war der schwäbische Bauernverein zuerst dafür eingetreten, daß durch die Übertragung der Ablieferung an die Bauernvereine und landwirtschaftlichen Organisationen die Beibehaltung der Haus- und Mühlenkontrolle nach einmal festgestelltem Leistungsmaß überflüssig sein. Aber es ist mit dieser Forderung nicht durchgegangen. Auch die Forderung des Zentrumsabgeordneten Fellmayr, das Leistungsmaß nach Fläche und Ertrag festzustellen und den von der Zwangswirtschaft nicht ersetzten Teil der Ernte freizugeben, muß fallen gelassen werden. Auch der landwirtschaftliche Hauptverband Württembergs trat für diesen Antrag Fellmayrs ein, aber ohne Erfolg. Der Vorsitzende der Reichsgetreidestelle hat, in dieser ersten Stunde, das Opfer der Zwangswirtschaft bei Brotgetreide „noch einige Zeit“ zu bringen. Dem Drang und dem Ernst der Stunde gehorchend, glaubten die Vertreter der landwirtschaftlichen Vereinigungen noch einmal nachgeben zu müssen. Man will sich bis auf weiteres mit „Erläuterungen“ begnügen, worüber weitere Verhandlungen der württembergischen Bezirksorganisationen mit der Regierung stattfinden sollen.

Aus dem übrigen Württemberg.

• Zwenzberg, 10. Sept. Dem Pfarrvikar Helmut Feuchter in Zwenzberg ist die Pfarze Langenblausen (Pfr. Dohlingen) übertragen worden.

• Gaisersbrunn, 10. Sept. Dem Reichstagsabgeordneten, Schwaben-Landes-Schulrat und Landtagsabgeordneten Galtzer hier geboren. Seit 1910 war er Schulrat von Gaisersbrunn. Im selben Jahre wurde er als Mitglied der demokratischen Partei in den Landtag gewählt.

• Herd, 9. Sept. Eine Kesselschule wird hier eine neue landwirtschaftliche Wirtsschule eröffnet. Die Räume sollen von der Stadt gestellt werden. Die Stadt unterhält das Schulhaus der Stadt Kollweil um Ausbau der dortigen Kesselschule.

• Schramberg, 10. Sept. Seit einiger Zeit tritt hier die Schärpe in gefährlicher Weise auf.

• Stuttgart, 9. Sept. In einem Sparstiftungsgegenstande wurde vor dem Amtsgericht Cannstatt mußte das auf gerichtlichen Lausende Verbot gegen den 23 Jahre alten Verdingknecht Ernst Robert Frig von Steinbach 24 Wädlingen, abgetrennt und vor das Amtsgericht verwiesen werden. Nach längerer Feststellung hat der Angeklagte am 2. April, dem Tage des Generalstreiks, an einer Zusammenkunft auf dem Wäldersplatz in Cannstatt teilgenommen und auf ein unrichtig 50 Jahre alternter mit Regierungstruppen besetztes Panzerwerk geschossen, um, wie die Anklage annahm, einen oder mehrere Soldaten zu töten. Der Beschuldigte gab keine Helmenten an, bestritt aber die Tatbestände. (Das Urteil geben wir bekannt).

• Waiblingen a. d. Enz, 10. Sept. Gestern vormittag wurde ein etwa 55 Jahre alter Mann aus dem über den Verbleib des Produkts führenden Stuttgarter Zug in die Enz spazieren. Er prallte am Gehäusen ab und gab sich während des Sprungs noch zwei Schüsse in den Kopf ab. Der Unbekannte, der etwa 600 A Bargeld und eine Fahrkarte von Waiblingen nach Ludwigsburg bei sich trug, war sofort tot. Sein Leuten trägt die Fahrgastzahl 1918.

• Ulm a. d. R., 9. Sept. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde in Ulm die Volksgemeinde der ungefähr 20 Jahre alte Weg Hornung, der mit der gleichartigen Marie Meier ein Verhältnis unterhält, von dieser nach omangegangenen Streit durch einen Revolverbeschuß dem Leben beraubt worden. Die Untersuchung ist im Gange.

Handels- und Marktberichte.

• Kienzieg, 10. Sept. Auf dem gestrigen Schweinemarkt waren zugeführt: 95 St. Länderschweine und 128 St. Mischschweine. Der Preis betrug für Länderschweine 161—205 A und für Mischschweine 165—190 A pro Stück.

Die neuen Weinpreise.

• Strümpf, 9. Sept. In einer von etwa 800 Weinbauern besetzten Versammlung aus dem Weinbaugebiet des Neckars berichtete Schulrat Kimmel-Strümpf über den Stand der Weinberge. Im Weinbaugebiet des Neckars ist etwa ein Drittel der Weinberge mit etwa 44 000 Hektoliter Wein zu erwarten. Die von den Weinbauern gemachte vollständige Freigabe des Weinverkehrs zu erreichen, ist völlig aussichtslos. Dagegen ist es möglich, daß Preise, die durch Vereinbarung zwischen den Weinbauernvereinigungen und den Verbrauchervereinigungen festgesetzt werden, als günstige Preise anerkannt werden und dadurch die Festlegung von Höchstpreisen durch die Regierung unterbleibt. Nach eingehender Beratung wurde von den Weinbauern einstimmig beschlossen, für den Wein aus der Ernte 1919 einen Grundpreis von 1280 A für den Liter mit einem Qualitätszuschlag bis 50 Prozent je nach Gemeinde, Lage und Ansehung festzusetzen, ohne Steuer. Für die Weine soll der Ausschankpreis höchstens festgelegt werden in der Weise, daß sie 48—50 Prozent dem Einkaufspreis zuzulegen dürfen. Überbreitung der Preise soll ausgeschlossen sein. Die Vertreter des Weinhandels, des Weinhandels und der Verbrauchervereinigungen erklärten sich mit dieser Preisfestlegung einverstanden. In den übrigen Weinbaugebieten werden namentlich Versammlungen der Weinbauernvereinigungen und der Verbrauchervereinigungen einberufen werden, in denen ähnliche Preise festgesetzt werden sollen. Bei der anhaltend guten Witterung ist ein guter Wein zu erwarten.

• Rübenerger Hopfenmarkt. Originalbericht. Die erste Berichtswache des neuen Geschäftsjahres zeigte nach ein verhältnismäßig ruhiges Bild; das Geschäft in neuen Hopfen geht nur langsam seiner Entzweiung entgegen. Ruher Teilhaber, die bereits in der Vorwoche am Markt vertretet waren, trafen im Laufe der Woche kleinere Sendungen Hallertauer und Markthopfen ein. Das Interesse für das neue Produkt vorhanden ist, erweist man daraus, daß sich täglich Käufer am Markt einfanden, die die beschriebenen Zufuhren nach an sich bringen, wobei die Preise eine sich aufwärtsbewegende Richtung verfolgten. Wägenpreise 110 Ballen, Umsatz in neuen Hopfen 100 Ballen. Teilhaber, die in der ersten Wochenscheide mit 420—500 A eintrugen, erhöhten in weiteren Geschäftswochen ihren Preisstand auf 515—525—530 A, Hallertauer erzielten 480—500 A, Siegelgut 515 A und Markthopfen 460—495 A. Die

Samstags-Landtagung von 20 Ballen wurde bis auf einige Ballen sehr feuchte Ware zu 480—495 A verkauft. Für 1918 bestand nur geringer Bedarf; einige Vollen wirklich prima Ware gingen zu 475 A, billigere Sorten zu 350—400 A in andere Hände über; dagegen fanden in älteren grünfarbigen Ballotshopen größere Abfälle statt zu Preisen von 220—300 A. Stimmung und Preise sind fest.

Nach den einlaufenden Meldungen ist jetzt die Hopfenerte über- all im vollen Gange. Goldbildung und Farbe sind ausgezeichnet, die Qualität ist gut und lupulinerich. Hinsichtlich der Qualität kommt man jetzt zu der Überzeugung, daß die Ernte diesmal um 18 Prozent geringer ausfällt, als man gehofft hat, da der Goldstand ungleich ist.

Familiennachrichten.

• Kesselschule.
Verstorben: Philippine Kapp, geb. Gebauer, 60 Jahre alt, Wäldersbrunn; Heide Schröder, Schramberg.

Letzte Nachrichten.

• Bern, 10. Sept. Die „Kantone“ berichten, daß S. n. n. in den Wahlkämpfen der Kammer mitteilen, daß er für die Neuwahlen keine Kandidatur mehr annehmen werde und entschlossen sei, sich nicht mehr politisch zu betätigen. — Zur Einleitung der Wahlkampagne werden Giolitti am 28. 9. und Nitti am 5. 10. vor ihren Wählern sprechen. Die Rede Giolittis wird mit großer Spannung erwartet. Nach einer Meldung des Corriere della Sera werden die Wahlen in den neuen italienischen Provinzen erst im nächsten Jahre stattfinden.

• Versailles, 10. Sept. Im Seine-Departement sind die Gemeindeverwaltungen von 78 Gemeinden in den Streik getreten.

• Bern, 10. Sept. In Fribourg drohte zwischen einem französischen und einem italienischen Militärtransport ein schwerer Konflikt auszubrechen, der nur dadurch unterdrückt werden konnte, daß der französische Militärzug sofort weitergeleitet wurde.

• Bukarest, 10. Sept. Heute vormittag 10 Uhr fand im Schloß zu St. Germain die Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages statt. Rumänien und Tschechoslowakei haben nicht unterzeichnet.

• Paris, 10. Sept. Wie der Corriere della Sera aus Paris erfährt, lehnte die amerikanische Delegation die von der französischen Delegation vorgeschlagene Antwortnote an Deutschland ab, da Amerika nicht der Ansicht sei, daß mit Artikel 20 des Versailler Vertrages das Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland endgültig ausgeschlossen wurde.

• Breslau, 10. Sept. Wie in Breslau und Schweidnitz, läßt sich auch hier eine Menschenmenge eine Senkung der Preise auf dem Wochenmarkt zu erzwingen. Die Absicht gelang ohne Rücksichten, veranlaßte aber eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die den ganzen Tag anhält und zu starken Ansammlungen führt. Die Menge blieb zwar zurückhaltend, konnte aber zum Auseinandergehen nicht bezwungen werden. In der neunten Abendstunde wurde Militär herbeigerufen, das in der Langenstraße, als die Menge den Soldaten die Gewehre entziehen wollte, das Feuer eröffnete. 5 Personen wurden getötet. Die Erregung ist sehr groß. Es ist festgestellt, daß bis jetzt 10 Tote und 10 Verletzte als Opfer zu beklagen sind. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, von dem beabsichtigten Sympathiestreik abzusehen.

• Bern, 10. Sept. Die Nationalrätlige Kommission für den Völkerverbund beschloß mit 21 gegen 4 Stimmen, im Nationalrat den Eintritt in den Völkerverbund zu beantragen. Drei Stimmen sprachen sich für den Nichtertritt aus.

• Bern, 10. Sept. Wie das italienische Pressebüro meldet, wurde im Anschluß an die Entdeckung einer polnischen Verschwörung gegen die italienische Regierung über Romo der Belagerungszustand verhängt. 40 neue polnische Adelsführer wurden verhaftet.

• Berlin, 11. Sept. Der Bismarckgeneral de Weib erklärt in einem Manifest, daß der Angriff auf Deutschösterreich seiner Zeit zu Unrecht erfolgt sei.

• Berlin, 11. Sept. Die neuen Reichswahlen sollen frühestens Anfang April stattfinden.

• Berlin, 11. Sept. In einer deutschen Note wird bei den alliierten Mächten nachdrücklich Beschwerde gegen die polnischen Bandenangriffe an der schlesischen Grenze geführt.

• Berlin, 11. Sept. Die Antwort auf die deutsche Note wegen der Verfassungsänderung ist nach französischen Botschaftermeldungen am Dienstag überreicht worden. Von den alliierten Mächten wird angedeutet, daß der Oberste Rat neuerdings beschlossen habe, die Beilegung des anstehenden Abkommens 61 der deutschen Verfassung zu verlangen.

• Amsterdam, 11. Sept. Das Handelsamt erfährt von informierter Seite, daß die Entente dringlich, innerhalb kurzer Zeit einen Teil des Ruhrkohlenreviers zu besetzen. Frankreich hoffe auf diese Weise seine Notlage zu beheben, nachdem man in Versailles zu der Überzeugung gekommen sei, daß ohne Zwangsmaßnahmen eine Erhöhung der deutschen Steinkohlenförderung unmöglich sei.

Wetter am Freitag und Samstag.

Früh und warm.

Amstliche Kurse			
mitgeteilt von der			
Bankfirma Baer & Co., Karlsruhe i. B.			
5%, Kriegsanleihe	79 1/2	Allgem. Gl. Kkt.	182
4%, Württemberg	89 1/2	Versicherung	101 1/2
4%, Bad. Eisenb. Kkt.	90 1/2	Korbb. Wapd.	104 1/2
3 1/2%, do. conv.	91 1/2	Bank	189 1/2
4%, Bayern	78 1/2	Bad. Anl. u. Sodo-Kkt.	356 1/2
		Deutsche Kkt.-Kkt.	182
Droste Schwegl 100 Franken = A 422			
Dolland 100 Gulden = A 892			

Bei der Schließung von Bank und Börse sind die Kurse der Aktien, Obligationen und Wechselstände (Kurs der Aktien) festgesetzt.



